

Unterrichtung

durch den Bundesrat

DER PRÄSIDENT DES BUNDESRATES

An den
Herrn Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Bonn, den 5. Juni 1981

Betr.: Zwanzigstes Strafrechtsänderungsgesetz (20. StrÄndG)
— Drucksachen 9/23, 9/135 —

Bezug: Schreiben vom 16. Februar 1981

Der Bundesrat hat in seiner 500. Sitzung am 5. Juni 1981 mit der Mehrheit seiner Stimmen beschlossen, gegen das vom Deutschen Bundestag am 12. Februar 1981 verabschiedete Gesetz gemäß Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes Einspruch einzulegen.

Zeyer

